

Teilhabe und Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein Prozess, dem auch die älteren Menschen weitgehend offen gegenüberstehen. Sie schafft neue Möglichkeiten zur Kommunikation und Information, die von vielen älteren Menschen schon genutzt werden. Aber sie erzeugt auch Vorbehalte, beispielsweise hinsichtlich des Umgangs mit elektronisch erfassten Daten. Weitere Schritte zur Digitalisierung der Berliner Verwaltung sollten deshalb transparenter und unter stärkerer Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger – und insbesondere der älteren – gegangen werden.

Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind im Zuge der Umsetzung des E-Government-Gesetz Berlin für die Seniorinnen und Senioren unabdingbar für Ihren Zugang zu digitaler Infrastruktur, das heißt zum Beispiel auch niedrigschwellige digitale Angebote für Hochaltrige.

Ältere Menschen dürfen keine Nachteile erfahren, wenn sich gegen den Einsatz von technikgestützten Assistenzsystemen oder gegen die Angebote elektronischer Informationstechnologien entscheiden.

Alle einbeziehen und Engagement würdigen

DIE LINKE engagiert sich für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe- und Pflegestrukturen und die stärkere Teilhabe von älteren Migrant*innen nach den Regelungen des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes. Das schließt die Förderung ehrenamtlichen Engagements in den Strukturen der Altenhilfe und Seniorenfreizeitstätten mit ein.

DIE LINKE fordert, dass auch in Berlin der 1. Oktober jährlich als Tag der älteren Menschen begangen wird. An diesem Tag sollen die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in Berlin verdeutlicht und die Leistungen der älteren Menschen und deren Gewinn für die Gesellschaft hervorgehoben und mit entsprechenden Ehrungen gewürdigt werden.

**LAG Senior*innenpolitik
der Partei DIE LINKE. Landesverband Berlin**

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

E-Mail: lag.senioren@dielinke.berlin

Mitmachen

<https://dielinke.berlin/nc/partei/igag/lag-senioren/eintreten>



Teilhabe Mitwirkung Engagement

Eine Handreichung der
Landesarbeitsgemeinschaft
Senior*innenpolitik

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Seniorinnen und Senioren sind Menschen mit großer Lebenserfahrung, mit Wissen und sozialer Kompetenz. Darauf kann und darf die Gesellschaft nicht verzichten. Deshalb geht es darum, wie dieses Potential nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess wirksam bleiben kann. Dieses Problem ist besonders dringlich, weil einerseits die Zahl der älteren Menschen schnell wächst, andererseits die Gesellschaft deren Kompetenz immer stärker braucht. Das zeigt sich beispielsweise in der ehrenamtlichen Tätigkeit vieler Seniorinnen und Senioren. Ihnen geht es dabei um Zugehörigkeit und Teilhabe in allen relevanten Bereichen des gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Teilhabe braucht eine materielle Basis

Um an den gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligt zu sein ist eine gesicherte Rente die Grundvoraussetzung. Darum fordern wir eine zukunftssichere Rente für alle Frauen und Männer. Sie ist die erste Voraussetzung für gesunde Ernährung, für Hobby und Reisen, für gesundes Familienklima, für Sport, Kultur und Selbstverwirklichung. Auch politisches Engagement hängt nicht unwesentlich von der Rente ab. Weiterhin fordern wir die prekäre Beschäftigung zurückzudrängen, einen Mindestlohn über 12 Euro, die Einbeziehung von Familienarbeit in das Rentensystem, die unverzügliche Angleichung der Renten der ostdeutschen Frauen und Männer an das Westniveau und eine garantierte, standartsichernde Mindestrente.

Mitwirkung gewährleisten

DIE LINKE steht für eine demokratische Kultur der Teilhabe, der Gleichberechtigung aller Berlinerinnen und Berliner – unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Alter, Religion, Gesundheitszustand oder sexueller Orientierung und setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen.

Wir wollen

- dass sich mehr Berlinerinnen und Berliner an der Gestaltung der Stadt beteiligen und die Frage „Wem gehört die Stadt“ in ihrem Sinne beantworten;
- mehr Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund für die Mitwirkung gewinnen;
- die Beteiligung an den Wahlen zu den Seniorenvertretungen erhöhen.

Teilhabe durch Gesundheit und Pflege

Gesundheit stellt einen wichtigen Grundstein für eine selbstbestimmte Lebensführung dar. Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen muss jedoch auch im Falle gesundheitlicher Einschränkungen so umfassend wie möglich gewährleistet werden. Dazu braucht es eine bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung, die nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf. Eine Gesellschaft gewinnt durch Vielfalt, weshalb auch das alltägliche gesellschaftliche Leben durch ein Miteinander von Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen geprägt sein sollte. Wie in allen gesellschaftlichen und politischen Feldern müssen vor allem auch die Bereiche der Prävention sowie der pflegerischen und medizinischen Versorgung darauf ausgelegt sein, dass Menschen trotz möglicher Behinderungen, Krankheiten oder altersbedingten Einschränkungen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Wohnumfeld selbstbestimmt leben und am alltäglichen gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

© istockphoto.com



Die ambulante ärztliche Versorgung muss dabei flächendeckend in allen Berliner Bezirken in ausreichendem Maß gewährleistet werden – die Kassenärztliche Vereinigung muss hier als zuständiger Akteur für eine ausgeglichene Verteilung in die Verantwortung genommen werden. Generell muss der Anspruch darin bestehen, dass alle Berlinerinnen und Berliner auf kurzem Wege innerhalb ihres Stadtteils einen Arzt aufsuchen können.

Räume für Teilhabe schaffen

Eine grundsätzliche Frage der Teilhabe ist eine bezahlbare Wohnung. **DIE LINKE verfolgt mit sechs Bausteinen eine Strategie für bezahlbare Mieten in Berlin:**

- Boden als öffentliches Gut sichern
- Bezahlbarer Neubau
- Ankauf und Milieuschutz
- Intelligente Stadtergänzung
- Mietendeckel
- Vergesellschaftung

Die Senior*innen wollen möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden leben. Bei einer wachsenden Zahl an Älteren wächst damit auch der Bedarf an Barrierefreiheit in der Wohnung und im Wohnumfeld, an Assistenzsystemen sowie an unterstützenden Dienstleistungen. Der Erhalt der Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe älterer Menschen. Dem muss die Gestaltung des Verkehrs Rechnung tragen. Der Öffentliche Nahverkehr muss bezahlbar, pünktlich, ausfallfrei, servicefreundlich und barrierefrei sein. Der Straßen- und Schienenverkehr Berlins kann nur dann mobilitätssichernd sein, wenn er auch Fußgängerfreundlich ist. Für die Verbesserung und Sicherung der Mobilität alter Menschen ist es notwendig, dass lückenlos ineinandergreifende Mobilitätsketten entstehen. Dazu gehören nach unserer Auffassung in Berlin die inklusive Barrierefreiheit des ÖPNV, der Ausbau des Senientickets als Monatskarte, die Erweiterung der Mobilitätshilfedienste und weiterer Fahrdienste.